



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Maßgebliches und Unmaßgebliches

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

Übergang von den Süddeutschen des Westens, einschließlich der Schweizer, zu denen des Ostens, endlich das Bindeglied zwischen Deutschland und Italien. Da alle diese Beziehungen über die politischen Grenzen hinauswirken und durch Wechselströme wirtschaftlicher und geistiger Art die Völker immer mächtiger auflockern, in Bewegung setzen und einander entgegenführen, so wird das innere Leben und Wachsen eines Landes wie Baiern von weitreichender Bedeutung. Für jeden, der des Glaubens lebt, daß Deutschlands Interessen- und Wirkungssphären in Europa mit dem militärischen Übergewicht und der teuer erkauften industriellen Überlegenheit noch lange nicht beschlossen und festgelegt sind, und daß in ihrer Ausbreitung den bestehenden Nachbarschaftsverhältnissen eine vorbereitende Rolle zugeteilt ist, sind die bairischen Zustände und Entwicklungen eine wichtige gemeindeutsche Angelegenheit.



## Maßgebliches und Unmaßgebliches

Agrarische Mißerfolge. Dr. Buchberger, der Leiter des badischen Finanzwesens, ist der beste Kenner der landwirtschaftlichen Zustände seiner engern Heimat und einer der anerkannt besten Kenner des Agrarwesens überhaupt. In seinem neuesten Buche nun: Grundzüge der deutschen Agrarpolitik unter besonderer Würdigung der großen und kleinen Mittel, beweist er, wie wir aus der Nationalzeitung erfahren, u. a., „daß mindestens ein Teil jener Vorschläge auf wirtschaftlichem Gebiete, die man als große Mittel zu bezeichnen pflegt, entweder überhaupt unerfüllbare Anforderungen an die Staatsgewalt stellt oder, wenn erfüllbar, nur unter starker Schädigung der Interessen anderer Berufsstände zu verwirklichen ist.“ Da wir das Buch selbst noch nicht zu Gesicht bekommen haben, so wissen wir nicht, ob Buchberger das Verbot des Terminhandels zu den großen oder zu den kleinen Mitteln rechnet; soll es zu den großen gehören, so muß noch eine dritte Art dieser Klasse bezeichnet werden: Mittel, die möglicherweise andern Leuten nutzen, den Landwirten aber schaden. Daß das Mittel nichts nützt, liegt klar am Tage. Die Getreidepreise sind in die Höhe gegangen, aber selbst die Deutsche Tageszeitung wagt nicht zu behaupten, daß das eine Wirkung der Börsenreform sei; die Preise sind in aller Welt gestiegen, weil die Weltermiete mittelmäßig ausgefallen ist. Die liberale Presse behauptet sogar, die deutschen Preise seien infolge des jetzigen mangelhaften Preisnotierungswesens hinter dem Weltmarktpreise zurückgeblieben. Diese Behauptung hat die Zentralnotierungsstelle der preussischen Landwirtschaftskammern in einem Rundschreiben zu widerlegen gesucht, aber sie ist nicht so weit gegangen, zu behaupten, daß die Preise in Deutschland über dem Weltmarktpreise stünden. Und der Nachweis selbst wird von den nicht agrarischen Kennern des Geschäfts als

ganz wertlos mit der Bemerkung abgefertigt, daß eben jetzt bei uns feste Preise, die mit den Auslandspreisen verglichen werden könnten, gar nicht vorhanden seien. Man hat also bei dem Zurückbleiben hinter den Weltmarktpreisen nicht an einen allgemein anerkannten Preis zu denken, sondern nur die Tatsache ins Auge zu fassen, daß bei dem jetzigen Zustande der Landwirt leichter vom Händler über's Ohr gehauen werden kann. Die Frankfurter Zeitung erzählte am 22. September von einem großen süddeutschen Getreidehause, es habe nach dem Wegfall der Berliner Börsennotiz in Norddeutschland Weizen um 10 Mark billiger gekauft, als es sonst nach der Marktlage möglich gewesen wäre. Aus diesem Grunde kann auch der weitere Nachweis, den jenes Rundschreiben zu führen sucht, nicht verfangen, daß die Getreidepreise jetzt bei uns nicht mehr so „wildem“ Schwankungen unterlägen wie in Newyork und in Riga. Vor Aufhebung des Terminhandels hätten die „Paritätsdifferenzen“ zwischen Newyork und Berlin von  $1\frac{1}{2}$  bis 14,75 Mark geschwankt, jetzt schwanken sie nur noch von 5,50 bis 14,25 Mark. Nun finden wir aber jetzt täglich in den Handelsnachrichten, und zwar in denen agrarischer Blätter, unter der Überschrift „Produktenmarkt“ Notirungen, die folgendermaßen aussehen: Weizen p. 1000 kg loco 173,00—186,50, feiner 183,00—186,50, mittlerer 173,00—181,75, geringer 134,00—138,00. Gibt es etwas „wilderer,“ als wenn auf einem und demselben Markte an einem und demselben Tage Preise gezahlt werden, die sich zwischen 134 und 186,50 bewegen, also um 52,50 Mark schwanken, und kann da von einer Vergleichung mit den Auslandspreisen überhaupt noch die Rede sein? Die Agrarier werden sagen, die weit auseinander stehenden Preise bezögen sich ja auf verschiedene Sorten. Aber erstens können wir uns nicht erinnern, daß früher jemals die Preise für verschiedene Gütegrade so weit auseinander gegangen wären, zweitens schwanken auch die Preise für dieselbe Sorte noch um 4 Mark, und drittens nützt die Unterscheidung der Sorten dem verkaufenden Bauer sehr wenig. In einer Sitzung des landwirtschaftlichen Vereins zu Gleiwitz am 26. Oktober wurde darüber geklagt, daß man bei aller Bereitwilligkeit der Proviantämter, direkt von den Produzenten zu kaufen, nicht in der Lage sei, an die Ämter zu verkaufen; denn die Proviantämter seien an die amtlichen Preisnotirungen gebunden. Diese würden seit Suspendirung der Getreidebörse von Polizeibeamten besorgt, aber dabei würden gewöhnlich ganz niedrige Preise aufgezeichnet, zu denen so gute Ware, wie sie von den Proviantämtern gefordert werde, nicht abgelassen werden könne. Die Landwirte sehen ja nun auch allgemein ein, daß ihnen das Verbot des Terminhandels nichts genützt hat, und ihre Theoretiker, vor allen Herr Ruhland, mühen sich ab, darzulegen, daß das teils an der falschen Fassung, teils an der schlechten Ausführung des Börsengesetzes liege. Wir können nur unsern wiederholt ausgesprochenen Wunsch nochmals wiederholen, die Regierung möge Herrn Ruhland mit der Abfassung neuer Gesetze und Herrn von Bloez mit ihrer Ausführung betrauen, damit wir nach dieser Seite hin endlich einmal Ruhe bekommen.

Des Theoretikers werden wir nun freilich selbst angeklagt, unter anderm in einer Reihe von Aufsätzen des „Zentralorgans für die Interessen des Mühlen-gewerbes“ (von Nr. 35 an). Der „Deutsche Müller“ führt keine geringere Autorität gegen uns ins Gefecht als einen Antwerpner Getreidegroßhändler, Herrn Hammesfahr, der die Wirksamkeit des Terminhandels genau so darstellt, wie es unsre Agrarier thun. Wir können uns ganz gut denken, wie ein Getreidehändler zu dieser Auffassung kommt. Der Getreidehandel unterscheidet sich, wie schon vor mehr als hundert Jahren Justus Möser hervorgehoben hat, dadurch von jedem

andern Handel, daß der Händler nicht einfach mit einem Zuschlag zum Einkaufspreis verkaufen kann, sondern daß er zum Marktpreise des Tages sowohl einkaufen als verkaufen muß. Kosten, Arbeitslohn und Gewinn kann er ganz allein aus den Preisschwankungen herauschlagen. Er hat es nicht so bequem wie der Bierhändler, dem beim Absatz jedes Schoppens fünf Pfennige in die Tasche fallen, er muß spekulieren oder seinen Handel einstellen. Dieser Handel ist also der gefährlichste und aufregendste, den es giebt. Was Wunder, wenn der Händler entweder dem wildesten Spekulationsfieber verfällt, oder bei soliderer Anlage mit Abscheu vor der Spekulation erfüllt wird und nun in dem Organ der Spekulation, im Terminhandel, die Ursachen der Übel sucht, die in der geschichtlich gewordenen Natur seines Gewerbes stecken. Nicht wir theoretisieren, sondern Theorien sind die künstlichen und schwer verständlichen Berechnungen, mit denen Hammesfahr und andre zu beweisen suchen, daß der Händler oder der Spekulant bei fortwährendem Preisdruck mehr gewinnen könne als bei hohen Preisen und beim Wechsel hoher und niedriger Preise. Wir bleiben bei unsrer Ansicht, die keine Theorie, sondern Erfahrungsthatfache ist, und die durch nichts von dem, was möglicherweise in den Spekulantenkreisen vorgeht, erschüttert werden kann. An sich möglich, obwohl beim heutigen Weltverkehr praktisch schwer ausführbar, wäre die Erzwingung hoher Preise bei reichlichem Getreidevorrat, weil ja diese Vorräte eingesperrt oder, wie das früher die Holländer mit den Gewürzern gethan haben, zum Teil vernichtet werden könnten. Dagegen ist es schlechthin unmöglich, bei ungenügendem Vorrat die Preise niedrig zu halten. Denn da Brotgetreide in allen Kulturländern täglich in großen Massen verbraucht wird, so würde der zu niedrige Preis eine reichliche Befriedigung des Bedürfnisses zur Folge haben, diese aber sehr bald den Vorrat erschöpfen. Die Erschöpfung des Vorrats würde an dem Orte, wo sie zuerst offenbar würde, den Preis erhöhen, nach dem Orte des höhern Preises würden die noch übrigen Vorräte strömen, und bald würde die Erschöpfung überall offenkundig sein und der Preis überall gleich hoch stehen. Der „Müller“ schreibt, Überproduktion sei es nicht, was den niedrigen Preis verschulde; „die Thatfache, daß mehr Getreide vorhanden ist, als konsumirt wird, kann an sich noch nicht als Überproduktion betrachtet werden, denn in jeder gesunden Wirtschaft muß für den Fall der Not ein Sparspfennig vorhanden sein.“ Ganz richtig, und für diesen Sparspfennig oder vielmehr Sparscheffel hat die Spekulation seit Einführung des Weltverkehrs gesorgt, indem sie bei jeder bedrohlichen Abnahme des Vorrats den Getreidepreis stark in die Höhe getrieben und dadurch den Verbrauch der ärmern Klassen beizeiten so weit eingeschränkt hat, daß die vorhandenen Vorräte, wenn auch knapp, bis zur nächsten Ernte reichten. Hätte sie das nicht gethan, so oft es nötig war, hätte sie auch nur ein einziges Jahr lang die Preise niedriger gemacht, als es den Vorräten entsprach, so wären diese im April oder Mai vollständig aufgezehrt gewesen, und im Juni wäre das Volk Hungers gestorben. Statt dessen haben wir folgendes erlebt. Die reichlichen Ernten gestatteten niedrige Preise und reichliche Versorgung bis 1890. Dann stiegen insolge knapperer Ernten die Preise, bis Europa im Jahre 1891 Teuerung, und die ärmste der europäischen Bevölkerungen, die russische, Hungersnot hatte. Hierauf folgten wieder reichliche Ernten mit durchaus entsprechenden Preisen — den Vorräten entsprechend, ob sie dem Bedürfnis der Landwirte entsprachen, kommt hier nicht in Betracht —, bis die diesjährige knappe Ernte den Preis wieder erhöhte und Rußland wieder mit Hungersnot bedrohte. Es bleibt dabei, der Getreidepreis wird durch die Ernte gemacht — durch die Welternte natürlich, seitdem wir den Weltverkehr haben —

und durch nichts sonst. Natürlich haben wir nicht das geringste dagegen, wenn man das Börsenspiel einschränkt oder verbietet und betrügerische Spekulanten mit den härtesten Strafen belegt. Wir finden es sogar sehr unrecht, daß ein Mann wie Sternberg freigesprochen wird, von dem die Frankfurter Zeitung in ihrem Handelsblatt schreibt: „Thatsache ist, daß an seiner geschäftlichen Thätigkeit das deutsche Sparkapital eine schwere Zahl von Millionen eingebüßt hat, während er dabei ein reicher Mann geworden ist“; nicht, daß der Staatsanwalt eingeschritten ist, tadelt das Blatt, sondern daß er es nicht weit früher gethan hat. Also nicht gegen eine scharfe Überwachung der Börse und gegen strenge Bestrafung von Börsenjobbern schreiben wir, beides wäre uns vielmehr, wenn es irgendwo in der Welt geschähe — es geschieht leider nirgends —, hoch willkommen, sondern gegen den schädlichen Aberglauben, den man unsern Landwirten eingeimpft hat, daß die Börse die Getreidepreise mache, und zwar allemal niedrig mache, einen Aberglauben, der auf einer Stufe steht mit dem andern, die Goldwährung sei der Preisdrücker. Diesen zweiten Aberglauben haben in Nordamerika die Silberminenbesitzer den Bauern beigebracht, und weil sie mit Hilfe der Bauern nicht ans Ziel kommen, haben sie sich zur Abwechslung wieder einmal mit Überreichung eines unverfälschten Wunschzettels an die englische Regierung blamirt. Diese hat aber, wie seinerzeit Bismarck, gedacht, es würde eine unverantwortliche Dummheit sein, auf Kosten des eignen Staats die Schmerzen der amerikanischen Silbermänner stillen zu wollen. Zwar ist England selbst Silberinteressent — in Indien, aber die indische Regierung hat das amerikanische Rezept abgelehnt; sie ist mit dem jetzigen Zustande zufrieden, wo die Rupie einen von ihrem schwankenden Silberwert abgelösten festen Kurs behauptet, ähnlich wie in den letzten Jahren der österreichische Silbergulden. Auch das Wohlwollen Frankreichs hat den Amerikanern nichts genützt, dem seine 2 $\frac{1}{2}$  Milliarden Franks Silber Schmerzen bereiten; dieses Silber, meint Lexis, würde bei Ausbruch eines Krieges so wirken, wie wenn die Regierung schon 1400 bis 1500 Millionen Papiergeld ausgegeben hätte. Also mit allen diesen Kunststückchen ist's nichts. Wollen die Landwirte auch bei guten Welternten hohe Preise haben, so müssen sie Zölle durchsetzen, die hoch genug sind, als Sperrzölle zu wirken. Herr Méline hat den Mut zu diesem Experiment gefunden. Wenn ihn bei Ablauf der Handelsverträge auch unsre verbündeten Regierungen finden sollten, so würden wir kein Wort dagegen schreiben, sondern nur die möglichen Wirkungen erörtern.

Zwei Antrittsreden akademischer Volkswirte in Preußen. Am 15. Oktober d. J. hat Professor Schmoller seine Antrittsrede als Rektor der Universität Berlin gehalten, und am 27. Oktober Professor Reinhold seine Antrittsvorlesung als Lehrer der Volkswirtschaft an derselben Hochschule. Wenden wir uns zunächst zu dem Neuen, dem Unbekannten. Das Kopfschütteln unsrer Akademiker über die Berufung Reinholds und noch mehr das über seine Tischreden nach dieser Berufung war zu begreifen, und man wird sich nicht zu wundern haben, wenn auch sein Debüt am 27. Oktober von recht vielen mit Kopfschütteln aufgenommen wird. Die „Freirung“ Schopenhauers, vielleicht auch des christlichen Pessimismus in der nationalökonomischen Rolle hat manches befremdliche, aber wenn es heute in Berlin einen Hörerkreis zu fesseln gilt, so ist sie vielleicht gerade Erfolg versprechend, vorausgesetzt, daß ihr Vertreter das außergewöhnliche Maß von Geistreichigkeit und philosophischer Tiefe hat, das ihre glückliche Durchführung voraussetzt. Es ist eine Riesenaufgabe, die sich der Debütant gestellt hat, und die

Rühnheit, mit der er das thut, flößt Achtung ein, aber für ein Urteil über den Ausgang giebt sie noch keinen Anhalt. „Geschichte, Kritik und Aussichtslosigkeit des Sozialismus“ ist der Gegenstand der Reinhold'schen Vorlesungen in diesem Semester, und entsprechend auch das Thema seiner Antrittsrede vom 27. Oktober. Ein Problem höchster und erschütternder Natur enthalte, so sagte er etwa, die Geschichte des Sozialismus, „die Geschichte des menschlichen Selbstbewußtseins.“ Dieses Problem zu lösen, reiche „die Kraft des nationalökonomischen Sozialismus“ nicht aus, „bei allem Fleiß in Einzeluntersuchungen.“ Zur richtigen Lösung der sozialen Frage „verhülfsen die erkenntnis-theoretischen Untersuchungen und die Psychologie.“ Die deutsche nationalökonomische Wissenschaft habe „die Unzulänglichkeit ihrer Thesen, mit nicht genügender Selbstbescheidung, noch nicht erkannt.“ Wir müßten die Welt nehmen, wie sie sei. Im wesentlichen könne sie von Menschenwitz nicht geändert werden. So müsse die in ihrer Position bedrohte Gesellschaft, vom Schicksal gezwungen, eintreten für das Bestehende, als ihr Verhängnis, ja im Sinne des Staatsrechts als zweckmäßiges Unrecht. Die Sozialisten wollten, ob sie es wüßten und sagten oder nicht, nur die Rollen wechseln. Die Expropriateurs sollten nach dem Satze von Karl Marx expropriert werden. Das müsse der von des Gedankens Blässe angekränkelten modernen Gesellschaft den Willen zum Leben stärken und dem durch ein beunruhigtes Gewissen gestärkten Instinkt, jenes unschuldige nachtwandlerische Schaffen wieder ermöglichen, wodurch allein etwas Großes gedeihen könne. Diese Proben, denen ein vom Redner selbst geprüfter Bericht nicht zu Grunde liegt, und die dementsprechend nur mit Vorbehalt gegeben werden, müssen heute als Andeutung genügen. Wie der neue Professor sich seine Aufgabe stellen will, was er als Lehrer leisten wird, liegt in dickem Nebel.

In autorisiertem Wortlaut bringt die Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 15. Oktober d. J. die „Rede bei Antritt des Rektorats, gehalten am 15. Oktober d. J. von Gustav Schmoller“ über „Wechselnde Theorien und feststehende Wahrheiten im Gebiete der Staats- und Sozialwissenschaften und die heutige deutsche Volkswirtschaftslehre.“ Der Inhalt des Druckbogens verliert nichts an seiner Bedeutung dadurch, daß er gleichsam als Frühgeburt zur Welt gekommen ist — die Rede ist ja auch glücklicherweise am 15. Oktober in Berlin gehalten worden, und das Übermaß von Schnelligkeit in der Veröffentlichung hat also keine übeln Folgen gehabt —, vielmehr darf man auch heute noch mit Zug und Recht auf ihn zurückkommen. Unbestritten steht der Redner durch seine ganze wissenschaftliche Stellung, durch seine Wahl zum Rektor der Berliner Universität und durch diese Rektoratsrede selbst im Vordergrund des Interesses für alle, denen der staatswissenschaftliche Unterricht an den preussischen Universitäten für reformbedürftig gilt. Wie nicht anders zu erwarten war, bietet auch diese Rede Schmollers wieder eine Fülle geistreicher Gedanken, interessanter Andeutungen, lehrreicher Rückblicke, dankenswerter Anregungen, auf die im einzelnen einzugehen hier unmöglich ist. Aber es scheint sich dabei doch die Leistung allzusehr in den Einzelheiten zu erschöpfen, und die Formulierung des Gesamtergebnisses, des Endurteils, die Feststellung des praktischen Ziels, über das man im Augenblick mehr als jemals nach berufener Belehrung verlangt, etwas zu kurz zu kommen. Allerdings sagt der Redner mit aller Schärfe: „Wer nicht auf dem Boden der heutigen Forschung, der heutigen gelehrten Bildung und Methode steht, ist kein brauchbarer Lehrer,“ aber was das Wesen der heutigen Forschung, der heutigen gelehrten Bildung und Methode sei, das wird dem Leser nicht scharf genug vor Augen geführt. Fast scheint es so, als habe man dieses positive Urteil nur in folgenden Sätzen zu suchen: „Allerwärts, am meisten

aber wieder in Deutschland, trat die abstrakt rationalistische Behandlung, welche aus einigen voreilig formulierten Prämissen die Erscheinungen erklären und zutreffende Ideale für alle Zeiten und Völker aufstellen will, zurück. Man ging an eine methodische Einzelrecherche und realistische Detailarbeit in der Wirtschaftsgeschichte, in der Wirtschaftspsychologie, in den Untersuchungen der Markt-, Geld-, Kredit- und der sozialen Verhältnisse. Man wurde sich endlich bewußt, daß nur methodische Schulung und jahrelange Spezialisierung sichere gelehrte(?) Resultate liefert, daß die nationalökonomischen Arbeiten von Dilettanten, oft aus dem Handgelenk von heute auf morgen entworfen, die Wissenschaft mehr kompromittieren als fördern. Die Nationalökonomie hörte auf, eine freie Kunst für jedermann zu sein; sie wurde eine Fachwissenschaft wie andre. Es brach sich auf einzelnen Gebieten derselben die Erkenntnis Bahn, daß große, langwierige Beobachtungsreihen, sorgfältig ausgeführte Materialiensammlungen nötig seien, daß man zu wissenschaftlichen Gesetzen und sichern allgemeinen Urteilen über Bewegungstendenzen nur kommen könne, wenn vorher eine große, brauchbare deskriptive staatswissenschaftliche Litteratur hergestellt sei. Man war sich bewußt, daß man auf diesem Wege nicht allzu rasch vorankomme, daß man so nicht schnell dazu komme, den Schleier von dem Bilde zu Saiz zu ziehen. Aber man tröstete sich mit der alten Wahrheit, daß halb oft besser sei als ganz. Man sah mehr und mehr ein, daß man besser durch Monographien als durch Lehrbücher die Wissenschaft fördere. Man begriff, daß vielfach nur das organisierte Zusammenwirken von Mehreren und Dutzenden, oft von Hunderten und Tausenden, wie wir es in der Statistik, in den Enquêtes, in den Publikationen gelehrter Gesellschaften, z. B. in denen des Vereins für Sozialpolitik, vor uns haben, uns einigermaßen sicher orientire. Man erreichte aber damit auch, was in den andern Wissenschaften in ähnlicher Weise längst geschehen war, was einst den Benediktinerabteien durch solches Zusammenarbeiten gelungen war: eine breite sichere Kenntnis der Wirklichkeit." Das ist so ziemlich das, was des Redners eigne Methode, die Volkswirtschaftslehre seiner Schule charakterisirt, aber durchaus nicht von allen den Lehrern der Gegenwart, die er sicher nicht unter die unbrauchbaren werfen will, wie Adolf Wagner z. B., durchweg als richtig anerkannt wird. Schon deshalb ist das Mitgeteilte kein hinreichend klarer Aufschluß über das, was der Redner vom Volkswirtschaftslehrer verlangt, und doch durfte man gerade von ihm in diesem Falle, nach dem so harten Ausspruch über die „Straßprofessoren“ jüngst in Köln und bei der in der Rede selbst erklärten Absicht, über die Brauchbarkeit und Unbrauchbarkeit abzuurteilen, volle Klarheit über das, was er billigt und was er verdammt, verlangen. Diese Klarheit hat er auch nicht geschaffen dadurch, daß er Verwahrung einlegte gegen „die Berechtigung des jetzt so oft gehörten Wortes, es müßten an den Universitäten alle vorhandenen Richtungen der Wissenschaft gleichmäßig Vertretung finden,“ indem er sagte: „weder strikte Smithianer noch strikte Marxianer können heute Anspruch darauf machen, für vollwertig gehalten zu werden,“ und gewiß mit vollem Recht von den „Vertretern der wirtschaftlichen Klasseninteressen“ sagte: „auf die Lehrstühle der Universitäten gehören sie nicht.“ Das sind doch eigentlich Selbstverständlichkeiten, die nur so nebenbei passieren konnten, und die nur aus der Rede des preußischen Unterrichtsministers in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 4. Mai d. J. eine gewisse Berechtigung gewinnen. Darum handelt es sich aber in der Hauptsache gar nicht bei der lebhaften und vielseitigen Unzufriedenheit, die seit Jahren immer mehr gegen die heute auf den preußischen Universitäten vorherrschenden Volkswirtschaftslehre und ihre Methode laut geworden ist, bei den Angriffen, die sich vielfach

unmittelbar gegen den wenigstens angenommenen übermäßigen Einfluß des Redners gerichtet haben, und auf deren Abwehr er es am 15. Oktober augenscheinlich mit abgesehen hatte.

Vor allem wird an dieser Lehrmethode getadelt, daß sie den Schülern zu sehr die Stellung von Forschern zuweist. Die Einzelrecherche und Detailarbeit, an sich auch als Lehrmittel von großem Wert, verleitet den Lehrer leicht zu schweren pädagogischen Fehlern. Es ist in gewissem Grade berechtigt, die methodische Schulung dadurch erreichen zu wollen, daß man die jungen Leute, obgleich sie im Leben und in der Wissenschaft noch Studenten, Schüler sind, recht frühzeitig mit Detailforschungen betraut, in denen „Ergebnisse“ um so eher und leichter erzielt werden, je weiter die Spezialisierung geht, je ausschließlicher sich der Schüler und Forscher in einer Gestalt auf seine Spezialität beschränkt. Wer den Reiz kennt, den es hat, sich als angehender Zwanziger unter den wissenschaftlichen Autoren nicht nur gedruckt, sondern, wie dies hier fast immer zu erreichen ist, auch als „Quelle“ zitiert zu sehen, der versteht die große Beliebtheit der besprochenen Methode bei den jungen Leuten, und es ist ja auch ganz ungeheuer, was an solchen Quellenwerken jugendlicher Forscher in unsern modernen volkswirtschaftlichen Seminarien usw. produziert worden ist. Daß man sie produzieren ließ, war für die Wissenschaft sehr verdienstlich, weil man ihr Materialien sammelte, aber daß man die sammelnden jungen Herren lehrte, sich wegen dieser Arbeiten als die Volkswirte und Sozialpolitiker von Fach zu fühlen, sie als solche gleichsam diplomirte, war ein Mißgriff, unter dessen Folgen die deutsche Volkswirtschaftslehre noch lange krankt wird. Es wäre auch gegen die menschliche Natur und vollends gegen die Natur wissenschaftlich strebender junger Menschen, wenn sie sich, getragen von dem stolzen Gefühl, die Nationalökonomien und Soziologen vom Fach zu sein, damit beschieden, die handlangenden Lehrlinge in der Wissenschaft zu spielen, nicht auf das Ganze gehen, nicht selbst „Gefesse“ entdecken und formulieren, kurz nicht Staatswissenschaftler, Politiker und schließlich Staatsmänner sein wollten, nachdem sie kaum den Dokortitel erworben haben. Mehr als in andern Wissenschaften setzt die Forschung in den Staatswissenschaften eine in Lebenserfahrungen wurzelnde Reife des Urteils voraus, und es ist etwas gewagt, die in einigen Semestern erlangte „methodische Schulung“ dieser jungen staatswirtschaftlichen Fachleute so allgemein als das Bessere der nationalökonomischen Arbeit von Dilettanten gegenüber zu stellen, auch wenn diese jahrzehntelang in der verantwortlichen Praxis als Verwaltungsbeamte, Richter oder Geistliche geschult sind. In diesem Sinne der Staatswissenschaft, zu der der akademische Lehrer seine Schüler zu erziehen die Aufgabe hat, den Charakter einer selbstständigen Fachwissenschaft zuzusprechen zu wollen, ist falsch und der Staat hat allen Grund, einer darauf konsequent abzielenden akademischen Praxis nachdrücklich entgegenzutreten.

Es mag unerörtert bleiben, ob es im Interesse der Förderung der nationalökonomischen Wissenschaft an sich nach ihrem heutigen Stande besser sei, diese Masse von „Monographien“ von Anfängern in die Welt setzen zu lassen, als Lehrbücher zu schaffen. Für den volkswirtschaftlichen Unterricht, wie wir ihn auf den Universitäten brauchen, ist sicher das Gegenteil richtig. Wenn in den Vorlesungen den Studenten das Verständnis für die Werke eines Mannes wie Adolf Wagner gründlich erschlossen wird, wenn sie mit dieser wissenschaftlichen Schulung in das praktische Leben als Beamte oder in andre Stellung eintreten, so wird damit der Aufgabe der staatswissenschaftlichen Lehrstühle besser gedient, mögen Wagners Lehren auch oft genug der Korrektur in der Praxis bedürfen, als wenn durch Spezial-

forschungen gezüchtete nationalökonomische und sozialpolitische Fachleute nach drei- oder vierjährigem Studium auf die zu verbessernde Welt losgelassen werden. Es ist seinerzeit der interessante Vortrag Brentanos über die Stellung der Studenten zu den sozialpolitischen Aufgaben der Zeit (gehalten am 15. Januar d. J. zur Eröffnung der Tätigkeit des sozialwissenschaftlichen Vereins der Studierenden an der Universität München) in den Grenzböten besprochen und in ihm die sehr berechtigte Warnung vor der Gefahr gefunden worden, die darin liegt, daß die Forscher die Interessenten fragen. „Die Notwendigkeit — sagte Brentano — statt aus aprioristischen Annahmen die Gesetze des Wirtschaftslebens abzuleiten, führt uns dazu, den Interessenten aufzusuchen, und das Aufsuchen des Interessenten setzt uns in Gefahr, von dem Netz seiner Interessen umgarnt zu werden. Also bedienen Sie sich der Methode aller wahrhaft wissenschaftlichen Forschung, der Beobachtung der Einzelercheinungen, um von ihnen ausgehend zu allgemeinen Sätzen zu gelangen, aber bedienen Sie sich derselben mit der Vorsicht, welche die besondere Natur der auf unserm Wissensgebiet zu beobachtenden Erscheinungen erheischt.“ Ja wenn nun aber diese besondere Natur überhaupt die nationalökonomische und namentlich die sozialpolitische Studentenforschung in den meisten Fällen ganz unangebracht erscheinen ließe, wenn ihre Gefährlichkeit ihre Zulässigkeit überhaupt in Frage stellte? Die Fallstricke, die die „Sophistik der Interessenten“ dabei den Forschern legt, sind es wahrlich nicht allein, die sie gefährlich machen; unser eignes Wahrnehmungsvermögen spielt uns den Erscheinungen gegenüber, um die es sich hier handelt, nur gar zu leicht die schlimmsten Streiche, selbst wenn langjährige Erfahrung unsern Blick geschärft, unser Gefühl gegen störende Eindrücke abgestumpft, unsre Vertrauensseligkeit in Vorsicht verwandelt hat. Viel mehr noch müssen natürlich die jungen Forscher der Gefahr unterliegen, falsch zu beobachten. Dagegen können die gelehrten Vorübungen in den Seminarien nur sehr wenig schützen. Die jungen Herren müßten nicht jung sein, wenn bei dieser Methode nicht trotz ihres Stolzes auf die Exaktheit, in der scheinbar ihr Wesen besteht, der Bergewaltigung der Wirklichkeit durch vorgefaßte Meinungen und Modeirrtümer Thor und Thor geöffnet würde, wie ja auch in der Kunst der Jungen eine sich der absolutesten Unabhängigkeit rühmende, aber von krankhaften Zeitströmungen völlig beherrschte Beobachtung der Wirklichkeit den Beobachtern nicht deren getreues Bild, sondern nur allzuhäufig ihre Karrikatur vorgespiegelt und für immer eingepreßt hat.

Die Wertschätzung der eignen Wissenschaft sollte die Professoren der Volkswirtschaft gegen die Massenzüchtung solcher Forscherlehrlinge mißtrauisch machen, und diese Wertschätzung ist bei Schmoller doch wahrlich nicht gering. Wenn er sagt, „die neuere Wirtschaftslehre und Sozialwissenschaft habe sich in ganz anderer Weise als die ältere auf Psychologie und Ethik gestützt, sie habe die Volkswirtschaft wieder in richtigem Zusammenhang mit der ganzen übrigen Kultur verstehen und betrachten gelehrt, sie habe die Funktion und die Stellung von Moral, Sitte und Recht im Mechanismus der Gesellschaft richtiger gestimmt, sie habe den großen Prozeß der gesellschaftlichen Differenzierung (ohne dieses schöne Wort scheint es nun einmal nicht mehr zu gehen!) und Klassenbildung tiefgreifender als der Sozialismus untersucht und in seiner Bewegung seine Folgen verstehen lernen; sie habe damit für das große Problem unsrer Zeit, die sozialen Kämpfe und die soziale Reform, den Boden des Verständnisses gewonnen und die Wege angedeutet, die über die Schwierigkeiten weghelfen“ — so soll dagegen gar nichts eingewendet werden. Aber daß gerade diese Leistungen zu rühmen sind, daran haben die systematischen Lehrbücher und ihre genialen Schöpfer wohl mehr Verdienst als jene Masse jugend-

licher Detailforschungen, die zersplittern statt zusammenzufassen, die viel eher dazu führen, den Zusammenhang der Dinge zu übersehen, statt ihn zu erkennen, das Außerliche an den Erscheinungen zu überschätzen, die psychologischen und ethischen Grundlagen aber gerade zu unterschätzen. Dafür liegen die sprechenden Beispiele in der Masse sozialpolitischer Monographien der Berliner Schule vor unsern Augen.

Und mit diesen Fehlern der Lehrmethode hängt es eng zusammen, wenn der jetzt in Preußen und in Deutschland die Volkswirtschaftslehre beherrschenden Richtung mit einer gewissen Berechtigung die Einseitigkeit ihrer Arbeiterfreundlichkeit vorgeworfen wird, wogegen sich der Redner am Schlusse seiner Rede noch besonders verwahrt. Für die große Kulturaufgabe der Menschheit einzutreten, die Lage der arbeitenden Klassen fortgesetzt zu heben, ist selbstverständliche Voraussetzung bei einem akademischen Volkswirtschaftslehrer; aber darüber kann kein Zweifel bestehen, daß die Masse unsrer jungen, unreif zu Staatsmännern vom Fach gestempelten Herren Staatswissenschaftler infolge ihrer fehlerhaften Schulung in eine verhängnisvoll einseitige Liebhaberei für die untern, ungebildeten Schichten des Volks hineingeraten und dadurch zum großen Teil die wissentlichen und unwissentlichen Bundesgenossen des Sozialismus, wie ihn die Sozialdemokratie vertritt, geworden sind. Die ganze Schärfe, mit der sich Schmolzer in seiner Rektoratsrede gegen diesen Sozialismus ausspricht, wird ihm nicht den Vorwurf ersparen, daß er die Gefährlichkeit seiner Methode gerade in dieser Richtung bedenklich unterschätzt und außer Acht gelassen habe. Jedenfalls ist die Rektoratsrede vom 15. Oktober d. J. eine Mahnung für den preußischen Unterrichtsminister, die Eingliederung der staatswissenschaftlichen Lehrstühle in die juristischen Fakultäten, als den ersten einleitenden Schritt zu einer Reform dieses Unterrichts, möglichst zu beschleunigen.

Der Index in Vergangenheit und Gegenwart. Der diesjährige Katholikentag hat frisch, frei und fromm die heikle Frage des päpstlichen Zensurrechts behandelt, und damit die der geistigen Freiheit, die die katholische Kirche ihren Angehörigen zubilligt. Die Ausführungen des Rektors Dr. Guppert aus Bensheim gipfelten, soweit es sich um die Verteidigung des kirchlichen Zensuramts handelte, in dem Satz: „Der Papst thut in der Ausübung dieses Amtes nichts anderes als der preußische Kriegsminister, der die sozialdemokratischen Schriften in der Kaserne verbietet,“ und soweit es sich um die Ansprüche der Kirche auf diesem Gebiete überhaupt handelt, in den Sätzen: „Wir sind eine große Glaubensarmee. Unser oberster Kriegsherr ist Gott, und der heilige Vater sein Stellvertreter, und in dieser Eigenschaft ist der Papst berechtigt, alles von uns fern zu halten, was dem Leben des Glaubens schaden kann.“

Mit Rücksicht darauf erscheint ein kurzer Blick auf die Haupteinrichtung päpstlicher Zensur, den Index, auf ihre geschichtliche Entwicklung und namentlich auf die Frage von Interesse: Was ist im Laufe der Jahrhunderte und insbesondere zu Beginn dieses Jahres durch die Enchiklika officiorum et munerum vom 27. Januar geschehen, um diese in ihrem Wesen und ihrer äußern Form der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts entstammende Waffe des Papsttums der allgemeinen Entwicklung der Dinge anzupassen?

Indices librorum prohibitorum, Verzeichnisse verbotener Bücher sind, wenn wir von einem decretum de libris recipiendis vel non recipiendis des Papstes Gelasius I. auf der römischen Synode von 496 absehen, zunächst keine rein kirchliche Einrichtung. Die ersten derartigen Anordnungen gingen von Karl V. und den Niederlanden aus, dann machte sie sich der selbstherrliche Heinrich VIII. von England zu nütze. Das erste

Verzeichnis verbotner Bücher wurde 1529 von ihm erlassen, es folgten dann mit solchen auf königliche oder kaiserliche Verordnung hin die Universitäten der Sorbonne und von Löwen. Zu einer kirchlichen Waffe wurden sie erst durch den Kardinal Caraffa, den spätern Papst Paul IV., dessen Ruhmestitel scharfe Bücherzensur und die Neugestaltung der römischen Inquisition bildeten, er war es, der die Tragweite der Indexeinrichtung der vordringenden Reformation gegenüber begriff und ausbildete und sie 1562 dem Tridentiner Konzil unterbreitete. Ursprünglich zur Prüfung und Berücksichtigung der reformatorischen Forderungen der Zeit zusammenberufen, war das Konzil dank päpstlicher Politik allmählich zu einem Kampfkonzil gegen diese Forderungen geworden. Die Ergebnisse von Kommissionsberatungen über Bücherzensur wurden Paul IV. zur endgiltigen Fassung und Verkündigung übergeben, eine Arbeit, der sich der Papst mit bemerkenswertem Eifer — *et ipsi etiam legimus*, sagt Paul IV. in der Bulle *Dominici gregis custodiam* — und Schnelligkeit erledigte. Ein erstes Verzeichnis verbotner Bücher rein kirchlicher Natur war inzwischen schon 1557 aufgestellt, aber wieder zurückgezogen worden und wurde dann 1559 herausgegeben. Es war in drei Klassen geordnet. Die erste umfaßte Schriftsteller, deren sämtliche über religiöse Dinge handelnde Schriften verboten wurden; die zweite Bücher, die ohne Verfasseramen erschienen waren; die dritte Bücher mit Verfasseramen. Wichtiger als dies Verzeichnis erscheinen die in der Gesamtsitzung des Tridentiner Konzils vom 4. Dezember 1563 aufgestellten allgemeinen Regeln, die Pius IV. am 24. März 1564 veröffentlichte, weil sie Geist und Buchstaben der Anwendung vorschreiben. So stellt sich der Index in seiner Gesamtheit, rein äußerlich betrachtet, als eine Äußerung des international besichtigten Konzils dar, auf dem, wenn auch nur in abgeschwächtester Weise, die reformatorischen Meinungen zu Worte kamen, dem Geiste nach aber, der ihn anregte und über seiner Entwicklung wachte, als eine durchaus römische und päpstliche Einrichtung. Dem entspricht, daß wie damals so auch heute außer der 1571 errichteten Indexkongregation, an deren Spitze jetzt ein deutscher Kardinal, Andreas Steinhuber steht, und der „Kongregation der heiligen römischen und allgemeinen Inquisition“ auch dem Papst das Recht zusteht, selbständig einzelne Bücher auf den Index zu setzen. Bezeichnend ist, daß eine im sechzehnten Jahrhundert auftauchende Einrichtung, die *indices expurgatorii*, Verzeichnisse der Bücherstellen, die zu streichen oder zu verändern waren, wenn sie von Katholiken benutzt werden sollten, von Rom aus wieder unterdrückt wurde.

Der Index nebst den Tridentiner Regeln hat im Laufe der Zeiten durch Clemens VIII. (1569), Alexander VII. (1664) und Benedikt XIV. (1758) formale Umgestaltungen, Zusätze und Abänderungen erfahren. Alexander VII. gab die Dreiklasseneinteilung der Verzeichnisse auf und setzte die alphabetische Ordnung an ihre Stelle. Benedikt XIV. fügte im Hinblick auf die verbotnen nicht im Index stehenden Bücher allgemeine Verordnungen und besondere Anweisungen für die Thätigkeit der Kongregationen des Index und der Inquisition hinzu. Milderungen des Kampfmittels der Gegenreformation werden in diesen Arbeiten von zwei Jahrhunderten auch wohl katholische Schriftsteller nicht entdecken können, und den technischen Wandlungen des geistigen Verkehrs der Neuzeit Rechnung zu tragen versuchte man erst im Beginn dieses Jahres.

Schon im Jahre 1870 richteten mit Rücksicht auf das vatikanische Konzil die französischen Bischöfe eine Adresse an den heiligen Stuhl, „daß die Regeln und alles, was den heiligen Stuhl beträfe, eine durchgreifende Änderung erführen (soient établis d'une façon entièrement nouvelle), die sie unserm Zeitalter mehr

anpaßte und die Befolgung ihrer Bestimmungen erleichterte," und die deutschen Bischöfe schlossen sich mit der Bitte um „Prüfung und Neufassung“ des Index an. Aber die Kurie ist bekanntlich Meisterin des passiven Widerstandes, erst am 27. Januar dieses Jahres ist die Encyclika officiorum et munerum erschienen, die den bezeichnenden einleitenden Satz bringt: „Wir haben uns entschlossen, die alten Bestimmungen des Index unter Aufrechterhaltung ihres Wesens etwas zu mildern, sodaß es für niemand mehr, der den guten Willen dazu hat, schwierig oder peinlich sein kann, sich ihnen anzupassen.“ Tatsächlich umfaßt die Encyclika neuere Erscheinungen des geistigen Lebens abwehrend und verurteilend, aber im übrigen baut sie sich oft in wörtlicher Fassung auf den Tridentiner Regeln auf. Das trifft ganz besonders zu für die grundlegenden Regeln I und II. Auch heute noch sind verboten: alle Bücher, die die Häresie (Ketzerie), das Schisma (die Trennung von der Kirche) oder irgend einen sich gegen die natürlichen Grundwahrheiten richtenden Irrtum predigen; ferner ganz allgemein alle ausdrücklich von Religion handelnden, von Nichtkatholiken verfaßten Bücher, wenn nicht ihre Rechtgläubigkeit festgestellt ist (Artikel 5, 7, 8 der Bulle). Es sind weiter verboten: Bibelübersetzungen jeder Sprache von Nichtkatholiken verfaßt oder von Bibelgesellschaften verbreitet, endlich der Gebrauch von Übertragungen in Volkssprachen, wenn sie nicht ausdrücklich kirchlich anerkannt sind (Artikel 5, 6, 8). Die Geistesarbeit von Nichtkatholiken und von drei Jahrhunderten auf religiösem Gebiet soll so mit einem Federstrich für die katholische Welt verurteilt werden. Regel VII des Tridentiner Konzils erfährt durch Artikel 9 und 10 die Erweiterung, daß anstößige Klassiker in Schulen usw. gelesen werden können, wenn die anstößigen Stellen ausgemerzt sind. Eine gesunde Grundlage zeigt der an Regel VII und IX sich anlehrende Artikel 13 der neuen Verordnung, der zum Aberglauben verführende Bücher, ekstatische und Visionenbeschreibungen und dergleichen verbietet; innere Angelegenheiten der Kirche regeln mit vollem Recht die Artikel 15 bis 20, die sich gegen nicht anerkannte Bilder, Ablässe, Liturgien, Litaneien und Gebetbücher wenden. Wie dehnbar dagegen, und deshalb für die Gewissensfreiheit gefährlich, sind Verbote von Büchern, die Beleidigungen Gottes, der heiligen Jungfrau, des heiligen Stuhles, der katholischen Hierarchie, des geistlichen oder religiösen Standes enthalten, die das Duell, den Selbstmord, die Ehescheidung, geheime Gesellschaften oder Irrtümer verteidigen, die vom heiligen Stuhl verdammt sind (Artikel 11 und 14)!

Etwas wirklich neues bietet, da weder das Zeitalter Pauls IV. noch das Benedikts XIV. die nach den Anschauungen der katholischen Kirche allerdings moralisch nicht bestehende Pressfreiheit, unser heutiges Zeitungswesen und die Beteiligung von Geistlichen an ihm kannte, Kapitel VIII der Encyclika Leo's XIII. Die Inquisition verbot seinerzeit den gesamten Verlag von zweiundsechzig aufgeführten Buchdruckern, weil diese einzelne ketzerische Bücher veröffentlicht hatten. Solche Waffen würden sich heute als stumpf erweisen, und so beschränkt sich Leo XIII. darauf, das Halten und Lesen von Zeitungen zu verbieten, die systematisch die Religion und die guten Sitten angreifen; Laien und namentlich Geistliche dürfen nichts darin veröffentlichen; jede Veröffentlichung der Geistlichen in religiösen und weltlichen Dingen unterliegt überhaupt der Begutachtung und Erlaubnis der Obern, ebenso die Übernahme der Leitung eines täglich oder periodisch erscheinenden Blattes oder einer Zeitschrift (Artikel 21, 22, 41, 42). Diese Anordnungen bedeuten eine große Stärkung des bischöflichen Einflusses, sie sind auch wohl als Waffe gegen die namentlich in Amerika, Frankreich und Belgien der Kurie gegenüber immer selbständiger auftretenden jüngern christlich-demokratischen Geistlichen gedacht.

Wie die durch Leo XIII. in ihrer Gültigkeit aufgehobnen Tridentiner Regeln, und wie die in Kraft gebliebenen Anweisungen Benedikts XIV., bilden natürlich auch die neuen Bestimmungen einen Teil des geltenden Rechts der katholischen Kirche. Die Strafe für ihre Übertretung ist die sogenannte Reservatekommunikation, wenn es sich um das Lesen und Behalten häretischer Bücher usw. handelt, der Kirchenbann ohne Einschränkung, wenn es sich um die Herausgabe nicht anerkannter Bibelausgaben handelt. Die Artikel 27 bis 29 und 31 suchen den Gebrauch der abwehrenden und strafenden Bestimmungen den ungemein verwickelten und unübersichtlichen Verhältnissen des heutigen geistigen Verkehrs und Lebens anzupassen: die Befugnisse der Bischöfe nach allen diesen Richtungen sind außerordentlich erhöht, und es wird auch die Verpflichtung des katholischen Laien zur Denunziation anstößiger Bücher, die übrigens geheim bleiben soll, verkündigt. Ob man sich schmeichelt, damit zum Ziele zu kommen? Dem Vorwurf, daß durch die Indexverbote die wissenschaftliche Entwicklung und Fortbildung auf katholischer Seite gehemmt werde, tritt man von katholischer Seite mit dem Hinweis auf die Artikel 27 bis 29 entgegen, nach denen „wissenschaftlich gebildeten und auch theologisch urteilsfähigen“ Männern die Erlaubnis zum Lesen verbotner Bücher „bereitwilligst und unentgeltlich“ von dem Diözeanbischof oder der Indexkongregation erteilt wird (Weber und Wette, Kirchenlexikon). Die allgemeine Entwicklung und Fortbildung der urteilslosen Masse der Gläubigen zu fördern hat die katholische Kirche ja nie als ihre Aufgabe angesehen.

Ob die neuen Indexbestimmungen den Erwartungen und Wünschen derer, die sie vor mehr als einem Vierteljahrhundert so lebhaft herbeisehnten, der französischen und deutschen Bischöfe entsprechen? Wir wissen es nicht. Ihre Voraussetzung war ja natürlich die Mitarbeit eines Konzils an dieser wichtigen Frage, nicht die bloße Willensäußerung des inzwischen allerdings mit der Unfehlbarkeit umkleideten Papstes. Sicherlich haben sie nicht die Wünsche der allerdings nichts weniger als maßgebenden Laien- und Klerikerelemente der katholischen Kirche befriedigt, die bei Gelegenheit des vatikanischen Konzils in Adressen und Zuschriften die vollkommene Aufhebung der Indexkongregation forderten, Bestrebungen, denen übrigens schon Gregor XIV. in der Enchlyka Mirari entgegengetreten mußte.



Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig  
Verlag von Fr. Wilh. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig